

**Wie die Wirtschaft in der Krise gefördert werden könnte.** Alle Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) äußern sich im [Thema des Monats](#) auf der Webseite des Bezirks zur Frage: „Wie kann die bezirkliche Wirtschaftsförderung in der Coronakrise helfen?“. Die wechselnden Themen werden jeweils von einer Fraktion vorgegeben – diesmal war die CDU an der Reihe. Wir fassen die Beiträge hier zusammen.

**Die SPD-Verordnete Constanze Röder** (SPD) nennt es „richtig und begrüßenswert“, dass die Bundesregierung für Einzelhändler, die ihre Läden schließen mussten, weitere finanzielle Unterstützung beschlossen habe. Die im Ressort von Bezirksbürgermeister **Reinhard Naumann** (SPD) angesiedelte Wirtschaftsförderung müsse „eine erste Anlaufstelle“ sein, die Gewerbetreibende berät und über Hilfsmaßnahmen informiert. Zusätzlich wäre es wünschenswert, dass sich die Wirtschaftsförderung für „Stundungen bzw. Senkungen bei Gewerbemieten“ einsetzt, um Geschäftsaufgaben zu verhindern. Die SPD-Fraktion setze sich außerdem dafür ein, den „zeitlich befristeten Gebührenerlass für Sondernutzungen“ auf öffentlichem Straßenland fortzusetzen. Dabei geht es um Lokale, die Tische und Stühle auf Gehwegen aufstellen wollen. Im jetzigen Lockdown ist dies allerdings verboten.

„**Die größte Fürsorgepflicht**“ gegenüber der Wirtschaft hätten der Bund und die Länder, findet **Simon Hertel** (CDU). Ergänzend dazu könnten die Berliner Bezirke „mit geringen Ressourcen zahlreiche Angebote entwickeln“. Ein Vorbild sei Pankow, wo die Wirtschaftsförderung zahlreiche Videokonferenzen als „Mix aus Fortbildung und Hilfestellung für Selbstständige“ anbiete. Steglitz-Zehlendorf werbe in sozialen Online-Netzwerken vor allem für kleinere Geschäfte. Und Treptow-Köpenick habe sich im vorigen Sommer „zur großen Freude der Hoteliers und Gastronomen“ mit seinem Tourismusverein um Gäste bemüht. Dagegen könne man die Wirtschaftsförderung Charlottenburg-Wilmersdorf weiterhin nur „telefonisch oder per E-Mail kontaktieren“.

**Christoph Wapler** (Grüne) beklagt, dass es der von Bürgermeister Naumann geführten Abteilung nicht gelinge, offene Stellen in der Wirtschaftsförderung zu besetzen. Selbständige bräuchten „ein qualifiziertes Beratungsangebot, das ihnen hilft, ihr Unternehmen durch die Krise zu führen“. Wo das Bezirksamt an seine Grenzen stoße, „ist Kooperation gefragt“. Ein „nachahmenswertes Beispiel“ sei die Kooperation des Bezirksamts Mitte mit dem Berliner Senat und der Industrie- und Handelskammer (IHK). Ein Team aus Fachleuten zeige dortigen Kleinunternehmen und Selbstständigen die möglichen Wege aus der Krise.

**Mit nur einem Mitarbeiter** „ist die Wirtschaftsförderung seit Jahren in einer schlechten Verfassung“, kritisiert **Maximilian Rexrodt** (FDP). Zum Glück habe der Senat über die Agentur „Berlin Partner“ einen weiteren Beschäftigten entsandt. „Beide Angestellten erfüllen ihre Aufgabe gut, jedoch kann dies nicht über die jahrelange Vernachlässigung der Abteilung hinwegtäuschen.“

Verbesserungsideen der FDP habe die BVV leider abgelehnt. Die Fraktion fordere unter anderem, mehr Mitarbeiter von Berlin Partner einzusetzen. Das Bezirksamt sei dahingehend „erst jetzt aktiv geworden“. Rexrodts Fazit: „Die Verfehlungen der vergangenen Jahre fallen der rot-grün-roten Mehrheit auf die Füße.“

**Die AfD-Fraktion** wiederholt den häufig erhobenen Vorwurf der Partei, Unternehmen und Arbeitsplätze seien nicht durch das Coronavirus gefährdet, sondern durch „die unverhältnismäßigen Reaktionen“ der Bundesregierung und des Berliner Senats. Die bezirkliche Wirtschaftsförderung könne wenig tun, solle sich aber bei Vermietern oder Verpächtern für reduzierte Gewerbemieten einsetzen.

**Eine „Mietabsenkung um bis zu 50 Prozent“** für Nutzer bezirkseigener Liegenschaften fordert **Sebastian Dieke** (Linke). Außerdem hält er es für sinnvoll, den Gewerbemietenmarkt von Gutachtern untersuchen zu lassen. Die Wirtschaftsförderung solle eine wöchentliche telefonische Sprechstunde „für bedrohtes Kleingewerbe“ einrichten. Für die Freiluft-Gastronomie müssten „ökologisch nachhaltige Alternativen zu Heizpilzen gefördert werden“, um Lokalen den ganzjährigen Betrieb zu ermöglichen. Als nutzbare öffentliche Flächen schlägt Dieke auch Parkplätze vor.